

**AntragstellerInnen: Matthias Klemm (KV Bodenseekreis) u. a.**

## **ANTRAG „GESTALTUNGSWILLEN IN KONSEQUENTEN REGIERUNGSWILLEN UMSETZEN“**

**Die LDK möge beschließen:**

1 Die Grünen in Baden-Württemberg artikulieren im Vorfeld der nächsten Landtagswahl deutlich  
2 ihren Gestaltungswillen. Das Ziel ist eine Beteiligung an der künftigen Landesregierung, damit  
3 eigenständig Grüne Inhalte Realität werden. Eine Aussage vor der Wahl für oder gegen eine  
4 bestimmte Regierungskoalition ist diesem Ziel nicht dienlich.

5  
6  
7

8 **Begründung:**

9 Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Baden-Württemberg haben eine Verantwortung kom-  
10 menden Generationen gegenüber, die unserem Wissen um die Konsequenzen des Klimawan-  
11 dels und einer Finanzpolitik auf Pump entspringt. Nur wenn wir konsequent in die Landesregie-  
12 rung streben, werden wir dieser Verantwortung gerecht. Wir können darauf vertrauen, dass in  
13 jeder Regierungskonstellation mit Grüner Beteiligung eine deutliche Grüne Handschrift sichtbar  
14 wird und dass wir die Werte, die uns wichtig sind, nicht verleugnen. „Wirtschaft und Umwelt  
15 müssen zusammen gedacht werden“, diese eigenständig Grüne Botschaft kommt bei den Wäh-  
16 lerinnen und Wählern an. Sie impliziert, dass wir uns nicht mit Opposition begnügen. Die Chan-  
17 cen des „Green New Deal“ für Beschäftigung, Klima und solide Finanzen müssen so rasch wie  
18 möglich genutzt werden. Andernfalls ist es zu spät, um die schlimmsten Folgen des Klimawan-  
19 dels noch verhindern zu können.

20

21 Unsere Partei hat 2009 im Bund ihre Wahlziele – Dritte Kraft im Bundestag und Verhinderung  
22 von Schwarz-Gelb – deutlich verfehlt. Die Wählerinnen und Wähler haben Schwarz-Gelb wie-  
23 der in die Regierungsverantwortung gebracht. Dies scheint absurd, war es doch eine schwarz-  
24 gelbe Bundesregierung, die in den 80er- und 90er-Jahren den Boden für die jüngste Wirt-  
25 schaftskrise bereitet hat, indem sie das Thema Umwelt weit hinter das Thema Wirtschaft ge-  
26 stellt und auf Instrumente zur Lenkung der Wirtschaft und des Finanzmarktes weitestgehend  
27 verzichtet hat. Nun steht erneut zu befürchten, dass unser Land unter Schwarz-Gelb unge-  
28 bremsst in die nächste Krise gerät. Und beim Klimaschutz wird Deutschland weit hinter den not-  
29 wendigen und machbaren Zielen zurück bleiben.

30

31 Die Ursachen für das Wählerverhalten bei der Bundestagswahl liegen einerseits in einer SPD, die  
32 in der großen Koalition ihr Gesicht weitestgehend verloren hat. Andererseits müssen wir Grünen  
33 auch selbstkritisch sein: Angesichts der Schwäche der SPD haben wir es versäumt, den Wähle-

<b>Der Antrag wurde:</b>	<b>Abstimmung:</b>	<b>Anmerkungen:</b>
<input type="checkbox"/> befasst	abgegebene Stimmen:	
<input type="checkbox"/> nicht befasst	gültige Stimmen:	
	Ja-Stimmen:	
	Nein-Stimmen:	
	Enthaltungen:	

1 rinnen und Wählern eine realistische Konstellation aufzuzeigen, in der wir hätten mitregieren  
2 und Grüne Positionen in die Gesetzgebung einfließen lassen können.

3  
4 Auf dem Bundesparteitag in Berlin wurden gewisse Regierungskonstellationen ausgeschlossen.  
5 Dies widerspricht den Grundsätzen „Aus der Krise hilft nur Grün“, „Klima ohne Wenn und  
6 Aber“ und „Es geht ums Ganze“. Regierungspolitik mit Grün ist allemal besser, als ohne Grün.  
7 Grüne werben für ihre Inhalte und nicht für oder gegen bestimmte Machtkonstellationen. Es ist  
8 nicht im Sinne der Demokratie, wenn eine demokratisch gesinnte Partei eine Koalition mit einer  
9 anderen demokratischen Partei kategorisch ausschließt.

10  
11 Erst nach den nächsten Landtagswahlen kann entschieden werden, ob und in welcher Konstel-  
12 lation ein Maximum an Grünen Positionen in der Landesregierung zu verwirklichen ist. Es muss  
13 auch klar sein: Konsequenter Regierungswille ist nicht gleichbedeutend mit einem bedingungs-  
14 losen Willen zur Macht. Eine Grüne Regierungsbeteiligung wird es nur geben, wenn eine deut-  
15 lich Grüne Handschrift im eventuellen Koalitionsvertrag sichtbar wird. Die Etablierung eines  
16 „Green New Deal“ ist hierbei nicht verhandelbar.

17  
18

19 **AntragstellerInnen:**

20 Matthias Klemm, Conny Wiethaler, Wolfgang Metzler, Klaus Lindemann, Monique Forest-  
21 Lindemann, Petra Selg, Andrée Störk (alle KV Bodenseekreis), Hartmut Wauer, Siegfried Span-  
22 genberg (beide KV Wangen), Michael Gross (KV Biberach), Michael Ecker (KV Ravensburg),  
23 Thomas Friedrich (KV Sigmaringen)